

Antrag

der Abgeordneten Erich G. Fritz, Dagmar Wöhrl, Karl-Josef Laumann, Dr. Friedbert Pflüger, Dr. Christian Ruck, Veronika Bellmann, Dr. Rolf Bietmann, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Alexander Dobrindt, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Dr. Michael Fuchs, Dr. Reinhard Göhner, Kurt-Dieter Grill, Siegfried Helias, Ernst Hinsken, Robert Hochbaum, Volker Kauder, Dr. Martina Krogmann, Dr. Hermann Kues, Wolfgang Meckelburg, Friedrich Merz, Laurenz Meyer (Hamm), Dr. Joachim Pfeiffer, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Franz Romer, Hartmut Schauerte, Johannes Singhammer, Max Straubinger und der Fraktion der CDU/CSU

Doha-Verhandlungen nach dem Scheitern von Cancun konstruktiv und zügig voranbringen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag stellt mit Enttäuschung fest, dass die 5. WTO-Ministerkonferenz (10. bis 14. September 2003) in Cancun/Mexiko gescheitert ist. Dies ist umso bedauerlicher, als damit die Chance verpasst wurde, der globalen Wirtschaft ihre dringend benötigten Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu geben. Verlierer sind damit vor allem die Menschen in den Industrie- wie auch in den Entwicklungsländern.

Bilaterale und regionale Handelsabkommen dürfen nun keine Alternative sein. Dies würde zu einer Schwächung des multilateralen Handelssystems führen und vor allem den Entwicklungsländern schaden. Gerade ärmere bzw. Schwellenländer sind auf multilaterale Regelungen angewiesen. Sie können von bilateralen Abkommen nicht in dem Maße profitieren wie Industrieländer.

Der Deutsche Bundestag hält einen erfolgreichen Abschluss der im November 2001 in Doha eingeleiteten Welthandelsrunde für unerlässlich, denn nur so kann die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft verbessert werden, können neue Exportchancen für Industrie- und Entwicklungsländer entstehen und Wachstum und Beschäftigung weltweit erhöht werden.

Der Deutsche Bundestag erwartet weitere ernsthafte Anstrengungen, die Doha-Runde zu einer wirklichen Entwicklungsrunde zu machen und damit denkbaren Blockaden entgegenzuwirken. Die 5. WTO-Ministerkonferenz ist zwar gescheitert, ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Runde aber noch möglich. Aus Cancun muss gelernt werden: Die WTO ist eine Wirtschaftsorganisation, mit Ideologie ist ihre Aufgabe nicht zu erfüllen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. konsequent für die schnellstmögliche Wiederaufnahme und ein zügiges Voranbringen der WTO-Verhandlungen einzutreten. Deutschland muss insbe-

- sondere bei nun stattfindenden Beratungen auf EU-Ebene konstruktiv und intensiv mitwirken. Es hat hier als zweitgrößte Exportnation der Welt eine besondere Verantwortung und Verpflichtung;
2. in Brüssel und Genf sowie bei bilateralen Kontakten darauf hinzuwirken, dass Industrie- wie auch Entwicklungsländer von ihren Maximalpositionen abrücken. Nur so kann eine Lähmung der Gespräche verhindert und der von der WTO geplante Abschlusstermin der Doha-Runde Ende 2004 noch eingehalten werden;
 3. bei den anstehenden Gesprächen unmissverständlich deutlich zu machen, dass wirtschaftliche Abschottung noch keinem Land dauerhaften Wohlstand gebracht hat;
 4. nicht zuletzt vor dem Hintergrund der gegenwärtigen weltweiten Wachstumsflaute weiterhin für den Abbau von Handelsbarrieren, Zöllen oder nicht-tarifären Hindernissen einzutreten, da die Umsetzung dieser Liberalisierungsziele nach Berechnungen der Weltbank das Weltbruttoinlandsprodukt bis 2015 um knapp 600 Mrd. Dollar erhöhen könnte;
 5. weiter unter Beachtung der Absicherung des europäischen Landwirtschaftsmodells auf die Öffnung der Agrarmärkte, den Abbau produktionsstimulierender Subventionen, den erleichterten grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen und den Zollabbau bei Industriegütern hinzuwirken;
 6. auf WTO-Ebene dafür einzutreten, dass sich auch künftig alle WTO-Mitglieder konsequent zum multilateralen Handelssystem bekennen. Nur so kann eine Schwächung des multilateralen Handelssystems und damit eine Rückkehr des Rechts des Stärkeren in die internationalen Handelsbeziehungen verhindert werden;
 7. bei den Verhandlungen gegenüber Brüssel geschlossen aufzutreten und innerhalb der Bundesregierung nicht abgestimmte Vorstöße zu verhindern, wie sie in Cancun im Zusammenhang mit Baumwollsubventionen geschehen sind;
 8. den Deutschen Bundestag kontinuierlich in den weiteren Verhandlungsprozess einzubinden und die Parlamentarier wie auch die Öffentlichkeit umfassend über den Verhandlungsstand zu informieren.

Berlin, den 23. September 2003

Erich G. Fritz
Dagmar Wöhrl
Karl-Josef Laumann
Dr. Friedbert Pflüger
Dr. Christian Ruck
Veronika Bellmann
Dr. Rolf Bietmann
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Alexander Dobrindt
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Dr. Michael Fuchs
Dr. Reinhard Göhner
Kurt-Dieter Grill
Siegfried Helias
Ernst Hinsken

Robert Hochbaum
Volker Kauder
Dr. Martina Krogmann
Dr. Hermann Kues
Wolfgang Meckelburg
Friedrich Merz
Laurenz Meyer (Hamm)
Dr. Joachim Pfeiffer
Hans-Peter Replik
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz Romer
Hartmut Schauerte
Johannes Singhammer
Max Straubinger
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion